

## Panorama v. 31.05.2018

### „USA-BRD: Hat der Handelskrieg bereits begonnen?“

Anmoderation

Anja Reschke:

Die Galgenfrist ist abgelaufen. Der Präsident hat gesprochen, die USA verhängen Zölle auf Stahl und Aluminium. Alles klar. Die Bundesregierung hat diese Zölle als rechtswidrig zurückgewiesen, die EU kündigt Gegenmaßnahmen an. Der Handelskrieg hat begonnen. Der offensichtliche, direkte - auch mit Deutschland. Denn auf einem Nebenkriegsschauplatz ist er schon längst voll im Gange. Auch der Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran, der vordergründig die Regierung in Teheran erziehen soll, dient in Wirklichkeit nur einem: der "America first" Strategie. Zum Schaden der deutschen Wirtschaft. Stefan Buchen und Katrin Kampling

O-Ton Donald Trump,

US-Präsident:

„Ich verkünde heute, dass die USA aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran austreten werden.“

Trump kündigt den Deal zur Eindämmung des iranischen Atomprogramms. Damit will er den Freihandel mit Iran stoppen.

O-Ton

Donald Trump, US-Präsident:

„Wir werden die denkbar schärfsten Wirtschafts-Sanktionen verhängen.“

Leidtragende sind iranische und amerikanische Firmen. Aber wen es außerdem noch treffen soll, sagt Trumps Außenminister ganz offen:

O-Ton

Mike Pompeo, US-Außenminister:

„Uns ist klar, dass Sanktionen gegen Iran auch wirtschaftlichen Druck auf einige unserer Freunde bedeuten. Egal, wir werden alle zur Rechenschaft ziehen die verbotene Geschäfte mit Iran machen.“

Was etwa für deutsche Firmen verboten und was erlaubt ist, will demnach allein die US-Regierung bestimmen. Trumps neuer Botschafter in Berlin verfügt an seinem ersten Arbeitstag per Twitter: „*Deutsche Unternehmen, die im Iran aktiv sind, müssen ihre Geschäfte runterfahren, sofort.*“

Deutsche Unternehmen wie Munsch im Westerwald. Sie werden jetzt von den Amerikanern mit Strafen bedroht. Firma Munsch baut Spezialpumpen aus Kunststoff und verkauft sie in die ganze Welt, seit dem Atomabkommen vor drei Jahren auch in den Iran. Jetzt will Trump die Geschäfte mit Iran verbieten. Dass die USA deutschen Unternehmen solche Vorschriften machen wollen, will man hier nicht hinnehmen.

O-Ton

Stefan Munsch, Unternehmer :

„Es gibt auch so eine gewisse Souveränität, die Staaten haben, die sollte man vielleicht auch nicht ganz außer Acht lassen.“

Munsch mit seinen 150 Mitarbeitern ist nur ein Zwerg angesichts der globalen Handels- und Militärmacht USA. Aber: Geschäft im Iran bedeutet zusätzliches Wachstum und Arbeitsplätze. Da will man wegen Trump nicht gleich die Nerven verlieren und am Geschäft mit den Iranern festhalten.

O-Ton

Andreas Fischer, Munsch Kunststoff-Pumpen:

„Wir haben sehr viel Arbeit investiert in den letzten 2 bis 3 Jahren und das hat sich insofern dann entwickelt, dass wir eigentlich jetzt in der aktuellen Situation vor möglichen größeren Geschäften stehen.“

O-Ton

Stefan Munsch, Unternehmer:

„Wir sind ja so ´n bisschen zäh im Mittelstand, ja, und wollen ja auch so schnell nicht aufgeben.“

Eine Haltung, die man bei den meisten deutschen Unternehmensbossen nicht findet. Joe Kaeser, der Chef von Siemens, zieht sich aus dem Iran zurück. Kaum hat Trump gedroht, schon meldet Kaeser Vollzug.

In einem Exklusiv-Interview erklärt der deutsche Konzernchef, kein neues Geschäft mehr im Iran zu machen.

O-Ton

Joe Kaeser, Vorstandsvorsitzender Siemens:

„Ich habe immer klargemacht, dass die Politik für uns Vorrang hat. Wenn die Politik uns ein bestimmtes Handeln vorgibt, dann handeln wir so.“

Die Europäer wollten Milliardenengeschäfte im Iran machen. Jetzt hat der Exodus begonnen: außer Siemens haben andere bekannte europäische Firmen ihren Rückzug erklärt: etwa Total, Maersk und Eni. Ein Hauptmotiv: sie wollen ihren großen Absatzmarkt in den USA behalten.

Doch auch Unternehmen ohne US-Kunden haben ein Problem. Viele deutsche Banken wickeln ihre Zahlungen in den Iran nicht mehr ab. Denn auch ihr Geschäft ist im Visier der Amerikaner. Die drohen den Banken mit hohen Strafen.

Die DZ Bank, das Dachinstitut der Volksbanken, hat schon reagiert und eine Mitteilung an ihre Kunden verschickt. Das Schreiben liegt Panorama vor. Die DZ Bank habe entschieden, den Zahlungsverkehr mit Iranbezug einzustellen, heißt es da. Begründung: es gehe um die Wahrung der Reputation.

Schlechte Reputation wegen Iran-Geschäften?

Dabei wünschte die Politik nach dem Atomabkommen sogar, dass die deutsche Wirtschaft mehr in den Iran exportiert. Der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bei einer Delegationsreise mit Unternehmern nach Teheran. Mehr Gewinn, mehr Arbeitsplätze für Deutsche. Seitdem nahmen die Exporte tatsächlich zu.

Diese Vorgeschichte verpflichtet auch Gabriels Nachfolger im Amt des Wirtschaftsministers.

O-Ton

Peter Altmaier, CDU, Bundeswirtschaftsminister:

„Die Unternehmen haben im Iran investiert, haben Geschäftsbeziehungen angebahnt, unter der Annahme, dass dieses Atomabkommen Gültigkeit hat. Und deshalb fühlen wir uns ihnen gegenüber auch verantwortlich.“

Aber was die Bundesregierung genau tun kann und will gegen die US-Sanktionen, ist unklar.

Dabei sind die Entwicklungen rasant. Der Schaden für deutsche Unternehmen ist schon da. Firmenchef Pardis Parinejad aus Bochum vertritt deutsche Mittelständler im Iran. Einer habe schon aufgegeben.

O-Ton

Pardis Parinejad, Unternehmer und Rechtsanwalt:

„Wir selbst sind beispielsweise auch durch eine größere Vertretung betroffen. Die haben bereits angekündigt, das Iran-Geschäft komplett zurückzufahren. Und letztlich zeigt dieses ganze Dilemma, was wir ja halt auch haben, wie empfindlich Europa derzeit ist. Wie abhängig man von den amerikanischen Finanzmärkten ist. Und aus meiner Sicht muss diese Abhängigkeit ganz schnell aufhören.“

Der Bochumer Unternehmer: nun auch im Visier der Amerikaner. Zumal er eine eigene Produktion im Iran hat, am Persischen Golf. Dort werden Bauteile für Ö raffinerien hergestellt. Dieses Geschäft ist nach deutschem und internationalem Recht legal. Die Europäer sollten sich stärker gegen die USA wehren, fordert Unternehmer Parinejad.

O-Ton

Pardis Parinejad, Unternehmer und Rechtsanwalt:

„Es kann nicht sein, dass ein einzelnes Land nun 28 Ländern verbietet, im Iran Geschäfte durchzuführen, nur weil dieses Land selbst im Iran aktuell keine wirtschaftlichen Aktivitäten hat.“

Auf der Bundespressekonferenz fragen wir nach, ob die Bundesregierung schon einen Plan habe, um deutsche Unternehmen vor US-Strafen zu schützen.

O-Ton

Korbinian Wagner, Sprecher Bundeswirtschaftsministerium:

„Die Auswirkungen haben wir natürlich sehr, sehr genau im Auge, untersuchen das, sind auch im Austausch mit Unternehmen. Aber sozusagen genaue Details zu irgendwelchen Maßnahmen kann ich Ihnen nicht berichten.“

O-Ton

Pardis Parinejad, Unternehmer und Rechtsanwalt:

„Wenn die deutsche Wirtschaft oder die Europäer zum jetzigen Zeitpunkt sich aus dem Irangeschäft zurückziehen würden, schadet sich die deutsche Wirtschaft selbst. Diese Lücke wird automatisch durch die Chinesen und die Russen und durch andere Drittländer geschlossen. Also darüber gibt es keinen Zweifel. Man schadet sich selbst. Und das Vertrauen, was bis jetzt aufgebaut wurde, das wäre damit letztlich komplett verspielt.“

Bericht: Stefan Buchen, Katrin Kampling

Kamera: Torsten Lapp, Martin Keller

Schnitt: Oliver Lenz, Sebastian Lipp